

NPD-Stadtverordneter Ronny Zasowk
Postfach 10 14 13
03014 Cottbus

Stadtverwaltung Cottbus
Büro für StV-Angelegenheiten
Herrn Gerold Richter
Neumarkt 5
03046 Cottbus

Cottbus, den 02.04.2012

Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 25.04.12

Informationen der „Lausitzer Rundschau“ zufolge, haben die Stadt Cottbus und der Landkreis Spree-Neiße eine Kooperationsvereinbarung gegen „extremistische, fremdenfeindliche und undemokratische Bestrebungen“ getroffen. Hierzu habe ich folgende Fragen:

1. Wie definieren die Unterzeichner der Vereinbarung den Terminus „Extremismus“?
2. Beziehen die Unterzeichner in ihrem Engagement auch das zunehmende Phänomen des gewaltbereiten Linksextremismus mit ein?
3. Auf welche Höhe belaufen sich die Kosten sämtlicher von der Stadt Cottbus finanzierten oder mitfinanzierten Projekte gegen Extremismus?
4. Welche konkreten Veranstaltungen sind seitens der Initiatoren vorgesehen?
5. Gegen welche konkreten Organisationen wendet sich die Kooperationsvereinbarung mit jeweils welcher Begründung?
6. Laut der Vereinbarung soll demokratisches Verhalten gefördert werden. Zählen zu dem geförderten demokratischen Verhalten auch das Blockieren genehmigter Demonstrationen demokratischer Parteien, das Diffamieren vermeintlich „rechter“ Politiker und Organisationen und der Gewaltaufruf gegen Andersdenkende?

Ich bitte um schriftliche und mündliche Beantwortung der Fragen.

Ronny Zasowk